

BESCHLUSS

des Bundesvorstandes der FDP, Berlin, 10. Dezember 2007

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 beschlossen:

Sicherheitsforschung – Liberaler Ansätze für eine Neuausrichtung

Die Forschung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der öffentlichen und privaten Einrichtungen vor terroristischen Aktivitäten und die anschließende Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in konkrete Produkte, Verfahren und Dienstleistungen ist ein zentrales Anliegen Deutschlands sowie der Europäischen Union.

Aus liberaler Sicht ist dabei die Beachtung der Grund- und Freiheitsrechte, insbesondere der Schutz der persönlichen Freiheit sowie der Schutz personenbezogener Daten elementar.

Sicherheitsforschung muss dem liberalen Gedanken einer freiheitlichen, toleranten Gesellschaftsordnung Rechnung tragen, in der die Freiheits- und Bürgerrechte der Bürgerinnen und Bürger wirkungsvoll und angemessen Berücksichtigung finden. Der Schutz des Einzelnen vor staatlicher Bevormundung sowie der Datenschutz müssen bei nationalen Sicherheitserwägungen mit hoher Priorität geachtet und gewährleistet werden.

Die FDP fordert:

- Sicherheitsforschung muss in einem möglichst umfassenden Sinne verstanden werden. Sie muss neben den technologieorientierten natur- und ingenieurwissenschaftlichen Lösungen auch rechtswissenschaftliche, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche sowie psychologische Konzepte mit einbeziehen. Sicherheitsforschung sollte demnach auch im Sinne einer Präventionsforschung gesellschaftswissenschaftliche, geisteswissenschaftliche und rechtswissenschaftliche Fragestellungen wie die Konfliktvermeidung und die Konfliktdeeskalation, insbesondere unter Einbeziehung von kulturell und religiös motivierten Konfliktpotentialen mit einbeziehen. Ziel dieses Ansatzes muss eine an den Sicherheitsinteressen Deutschlands orientierte, unabhängige Politikberatung und –unterstützung sein.
- Die Beschränkung der Bundesregierung auf zivile Anwendungen ist angesichts komplexer Querschnittstechnologien, die allesamt Breitbandanwendungen über viele unterschiedliche Bereiche ermöglichen, nicht sachgerecht, da eine Trennung zwischen rein ziviler und möglicher militärischer Forschung technisch nicht mehr durchführbar ist.

- Sicherheitsforschung muss sich an dem globalen Rahmen einschließlich weltweiter Hilfeinsätze und Sicherheitsanforderungen orientieren. Insbesondere die Kontakte im Europäischen Kontext sind hierbei von besonderer Bedeutung und müssen systematisch gestärkt werden. Gleichzeitig muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Sicherheitspolitik und Sicherheitsforschung einen wesentlichen Kernbereich nationaler Interessen tangieren. Insofern ist in Fragen von primär nationaler Relevanz parallel zu der Vernetzung auf europäischer und internationaler Ebene darauf zu achten, dass nationale Kompetenzen erhalten und gestärkt werden: Nicht alle Themen eignen sich für einen über den nationalen Kontext hinausgehenden Politikansatz. Internationale und europäische Kooperationen müssen in Einzelfällen im Interesse nationaler Sicherheitserwägungen kritisch hinterfragt werden. Zudem muss der Verlust von Know-how und Know-how-Trägern in der Sicherheitsforschung vermieden werden. Geeignete und effiziente Schutzmaßnahmen vor der ungewollten und unkontrollierten Übernahme von deutschem Know-how durch Drittstaaten müssen erarbeitet und implementiert werden.
- Bereits heute führen einzelne Bundesministerien Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sicherheitsforschung durch, ohne dass diese in einem Zusammenhang mit dem geplanten Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung stünden. Sicherheitsforschung kann indes nur dann erfolgreich sein, wenn sie vernetzt erfolgt. Sicherheitsforschung ist eine Kernaufgabe, die nur durch eine zentrale politische Stelle effektiv und erfolgreich behandelt werden kann. Eine solche zentrale Stelle muss die erforderlichen Abstimmungen mit den tangierten Bundesministerien vornehmen. Die FDP spricht sich dafür aus, dass die Sicherheitsforschung zentral koordiniert wird und die typische Abgrenzungsproblematik zwischen den einzelnen, um öffentliche Aufmerksamkeit konkurrierenden Ministerien vermieden wird.
- Die Förderbudgets des Bundes müssen der Bedeutung des Themas Rechnung tragen. Die FDP setzt sich daher für eine Bündelung und Erhöhung der Mittel in den verschiedenen Ressorts auf Bundesebene und für eine Verwendung nach strategischen, ganzheitlichen Gesichtspunkten ein.
- Die vorbereitende Maßnahme in der Sicherheitsforschung der Europäischen Union (2004-2006) hat ausreichend deutlich gemacht, dass ein Bedarf an technologischen Antworten auf terroristische und kriegsrische Bedrohungen und Katastrophenfälle besteht, wie er gedeckt werden kann und durch wen. Es ist daher notwendig, den Analysen der EU praktische Umsetzungsbemühungen folgen zu lassen. Die FDP ist daher der Auffassung, dass es an der Zeit ist, Fördergelder nicht – wie aus den Entwürfen und Stellungnahmen zum geplanten Sicherheitsforschungsprogramm ersichtlich – in erster Linie in Studien zu investieren, sondern auf der Basis vorhandener Kenntnisse über die Beteiligten, ihr Know-how und ihre Kompetenzen nunmehr konkrete Forschungs- und Entwicklungsprojekte folgen zu lassen, an deren Ende marktfähige, einsetzbare Produkte, Verfahren und Dienstleistungen stehen.
- Das nationale Sicherheitsforschungsprogramm muss mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU derart verknüpft werden, dass Synergien entstehen können. Es muss zudem dazu geeignet sein, deutsche Einrichtungen, Hochschulen und Firmen für eine erfolgreiche Teilnahme an europäischen Forschungsprojekten vorzubereiten und zu ertüchtigen. Die bisherigen Ergebnisse der Vorbereitenden Maßnahme zur Sicherheitsforschung der EU haben deutlich gemacht, dass deutsche Einrichtungen, Hochschulen und Firmen wissenschaftlich und technologisch zu den Spitzenreitern in Euro-

pa zählen, der unterdurchschnittliche finanzielle Rückfluss dieser Exzellenz indes nicht ausreichend Rechnung zu tragen vermag.